

„DIE RÄUMLICHE ORGANISATION DER WELT IST RELEVANT“

Die Stadt ist zu einem zentralen Ort politischer Auseinandersetzungen geworden. Wie es zu der Entstehung der Recht auf Stadt-Bündnisse gekommen ist, welches Potential der Kampf um die Stadt birgt und wie dem Ganzen theoretisch bei zukommen ist, hat die Forum Recht in einem Gespräch mit dem Geographen, Stadtforscher und Kriminologen Bernd Belina erörtert.

In den letzten Jahren haben Kampagnen für ein Recht auf Stadt an Relevanz gewonnen. Dabei stehen Forderungen nach günstigem Wohnraum, demokratischer Beteiligung an Stadtentwicklung und die Einschränkung staatlicher Kontrolle im Mittelpunkt. All diese Fragen sind nicht neu. Warum kommt es gerade jetzt zu dieser Form der Proteste?

Das neue scheint der Begriff „Recht auf Stadt“ zu sein, der in Deutschland noch nicht lange benutzt wurde. In anderen Teilen der Welt wurde sich bereits länger auf den Oberbegriff bezogen. In den USA gibt es die *Right to the City-Alliance*.¹ Der Begriff wurde geprägt von Henri Lefebvre Ende der 60er Jahre.² Schon bei Lefebvre und bei allen Bewegungen, die ihn genutzt haben, ist das Gute an dem Begriff, dass er eine Offenheit hat und erlaubt Sachverhalte zusammen zu thematisieren, die man normalerweise getrennt diskutieren würde. Die Wohnungsfrage und die Überwachung im öffentlichen Raum werden selten zusammen gedacht. Unter „Recht auf Stadt“ wird das getan. Deswegen ist es ein sinnvoller Begriff um in der Mosaik-Linken oder in der Kakophonie sozialer Bewegungen einen Oberbegriff bereit zu stellen, der es erlaubt Koalitionen zu bilden, die sich um städtische Themen herum arrangieren.

Hierzulande hat die Wohnungsfrage eine neue Relevanz gewonnen. Und die Proteste gegen Racial Profiling haben einen neuen Schub erfahren, auch in Zusammenhang mit neuen antirassistischen Theoretisierungen.

Die Stadt als Unternehmen

Gibt es allgemeine Merkmale einer neoliberalen Stadtpolitik? Kann man bei aller Verschiedenheit von konkreten politischen Strategien gemeinsame Tendenzen feststellen?

Der Neoliberalismus ist der radikalisierte Glaube an Märkte und Wettbewerb. Eine neoliberale Stadtpolitik hat zwei Richtungen: Zum einen begreifen sich städtische Eliten zunehmend als Manager*innen des „Unternehmens Stadt“ in Konkurrenz zu anderen Städten. In Deutschland gibt es diese Formulierung erst seit den 1980er Jahren. Es ist tatsächlich eine sehr junge Entwicklung, dass sich Stadtbere

als Chef*innen eines Unternehmens begreifen. Die Konkurrenz zwischen den Städten befördert ein Denken, nach dem man alles für diese Konkurrenzfähigkeit tun muss: kapitalfreundliche, symbolische und immer auf Kürzungen im Sozialen und in der Kultur abzielende Politiken. Zum anderen wird die Stadt selber umstrukturiert. Die Stadtverwaltung übernimmt das sogenannte neue Steuerungsmodell. Durch Implementierung von Wettbewerbsmechanismen wird das Leben städtischer Verwaltungen dem Zustand kapitalistischer Unternehmen angenähert. Das sind die großen Entwicklungen.

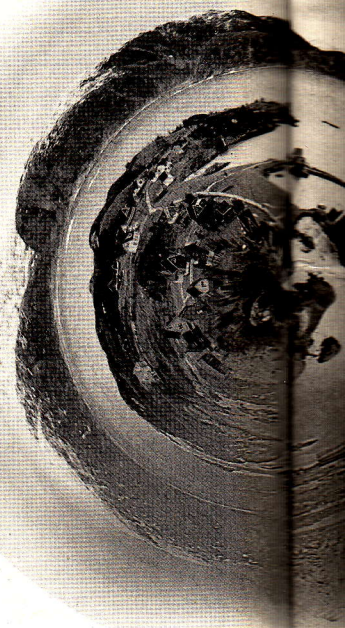
Völlig zu Recht betonen kritische Theoretiker*innen, dass die große Herausforderung für die Ideolog*innen und Praktiker*innen des Neoliberalismus darin besteht, im richtigen Moment an der richtigen Stelle in diese Richtungen zu schubsen. In manchen Städten gibt es deswegen eine stärkere Neoliberalisierung als in anderen. Es kommt auf das politische Terrain an.

Die Kämpfe um ein Recht auf Stadt sind auf lokale Konflikte beschränkt. Wie kann es zu einer städteübergreifenden oder transnationalen Zusammenarbeit kommen?

Klassische städtische soziale Bewegungen haben sich mit lokalen Themen befasst, zum Beispiel Gentrifizierung in einem Stadtteil.³ Die meisten dieser Themen sind aber gar nicht so lokal wie sie erscheinen. Gentrifizierung in Deutschland hat zu tun mit dem globalen Finanzsystem, der Art und Weise wie im Euro-Raum Finanzpolitik betrieben wird und wie in Deutschland Regulierung des Wohnungsmarktes stattgefunden hat. Alle scheinbar städtischen Themen sind Teil von über das Lokale hinausgreifenden, allgemeineren Prozessen. Hieran können verschiedene Kämpfe anschließen und eine gemeinsame Sache daraus machen. Gerade im Wohnungs- und Überwachungsbereich sind das klassische Themen. Der Überwachungsstaat materialisiert sich lokal, wird aber auf nationaler Ebene verhandelt.

Die Wohnungsfrage hat Potential

Gibt es politische Felder, die bislang durch die Recht auf Stadt-Bewegungen nicht bearbeitet werden und die deines Erachtens relevant sind?



Ich würde andersherum drauf gucken und schauen, was es für Bewegungen gibt. Ich finde es vielversprechend, dass die Wohnungsfrage lokal und multilokal neu thematisiert wird. Die Wohnungsfrage hat das großartige Potential Dekommodifizierung⁴ als selbstverständlich erscheinen zu lassen. Nirgendwo ist es naheliegender, dass die Warenform eine schlechte Idee ist, als im Wohnungsbereich. Auch die neue Welle in der Befassung mit Polizeigewalt, insbesondere rassistischer, ist extrem vielversprechend. Dort verbinden sich lokale Themen mit größeren Zusammenhängen, denn es sind ja bestimmte Jugendliche, die von der Polizei aufgrund rassistischer und sozialer Strukturen und Einstellungsmuster drangsaliert werden. Es ist ermutigend, dass diese wichtigen Themen zurück auf der politischen Agenda sind.

Die Proteste bewegen sich im öffentlichen Raum. Werden die Bewegungen nicht zugleich in ihren Aktionen eingeschränkt, indem der öffentliche Raum immer stärker privatisiert wird?

Die wichtigsten Praktiken, die „Recht auf Stadt“-Bewegungen ausmachen, finden nicht in öffentlichen Räumen statt. Öffentliche Räume nutzen sie für Protestformen. Die Privatisierungen in Deutschland führen dort zu gewissen Einschränkungen, wobei diese nicht derart massiv ausfallen, wie manche katastrophischen Beschreibungen vermuten lassen. Öffentlicher Raum ist ein Mittel zum Ausdruck von sozialen Praktiken, seien sie politisch oder kulturell. Wichtiger sind aber eine kritische öffentliche Sphäre und eine entsprechende Infrastruktur. Diese findet sich gerade nicht in öffentlichen Räumen wie Plätzen, Straßen oder Parks, sondern z.B. in besetzten Häusern. In Frankfurt spürt man, wenn es Häuser wie das Institut für vergleichende Irrelevanz⁵ nicht mehr gibt. Solche Räume sind zentral für „Recht auf Stadt“-Bewegungen.

Räume sind Resultate gesellschaftlicher Kämpfe

Die theoretischen Stichwortgeber der „Recht auf Stadt“-Bündnisse sind bspw. Henri Lefebvre oder David Harvey. Gibt es einen gemeinsamen common sense in den Ansätzen kritischer Stadtforschung?

Der große gemeinsame Nenner scheint mir zu sein, theoretisch und praktisch zu begründen, warum urbane und lokale Kämpfe spezifisch und relevant sind.

Nach Henri Lefebvre macht die Dialektik von Zentralität und Differenz das Urbane aus. Das heißt nicht, als würde es dies auf dem Land nicht geben, sondern ihm geht es um eine urbane Lebensweise, die von den Städten beginnend die Tendenz global zu werden in sich trägt und das Potential hat die Entfremdungen von Kapital und Staat aufzuheben. Eine starke Utopie, die Lefebvre mit dem Urbanen verbindet.

David Harvey ist im engeren Sinne materialistischer: Nach ihm sind all diese Kämpfe

relevant, weil Urbanisierung zentral für die Zirkulation des Kapitals ist. Jeder Kampf, der um urbane Fragen stattfindet, ist zugleich ein Kampf um Verteilung und Mehrwertproduktion.

Viele dieser theoretischen Ansätze scheinen in Deutschland mit einer gewissen Verspätung wahrgenommen zu werden. Es soll nicht unterschlagen werden, dass sich einige Personen schon lange mit diesen Konzepten beschäftigen. Wie erklärst du es dir dennoch, dass die deutsche Rezeption der französischen und nordamerikanischen Debatte hinterherhinkt?

Eine kritische Stadtforschung gab es in Westdeutschland in den 1960er und 70er Jahren in der Soziologie und Politikwissenschaft, die tolle Forschungen gemacht haben, die teilweise leider wieder in Vergessenheit geraten sind. Harveys Arbeiten wurden damals intensiver diskutiert als in der Zwischenzeit. Gleichwohl haben wir gerade zum ersten Mal den expliziten Versuch kritische Stadtforschung als interdisziplinäres Projekt in deutscher Sprache zusammen zu führen. Zentral wird dafür die Zeitschrift sub|urban werden.⁶ Die Zuspitzung urbaner Fragen in Nordamerika oder in Frankreich 1968, die es in Westdeutschland so nicht gab, hat dazu geführt, dass spezifisch

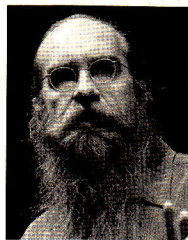


Foto: Bernd Belina

urbane Fragen dort von Linken viel früher diskutiert wurden. Wir befinden uns jetzt in der zweiten Welle kritischer Stadtforschung. Die erste Welle betraf die Feststellung, dass es eine dauerhafte Finanzkrise der Städte in den 1970er und 80er Jahren gab. In der heutigen zweiten Welle werden die Wohnungsfrage und Austeritätspolitik in gesellschaftlichen Zusammenhängen diskutiert.

Eine wichtige Analysekatgorie in der kritischen Stadtgeographie stellt die Raumperspektive dar. Was kann man unter dieser Perspektive verstehen?

Lefebvres Argument, das ich sehr plausibel finde, besteht darin, dass die abstrakten Verhältnisse, die unsere Gesellschaft durchziehen, immer erst im und durch Raum konkret werden, erst indem Straßen und Häuser, territoriale Grenzziehungen oder räumliche Restriktionen tatsächlich im und durch Raum hergestellt werden. Das Patriarchat, der Staat und das Kapital werden erst dann real. Harveys zentrales Argument ist, dass man die Akkumulation und Zirkulation des Kapitals, wie sie Marx dargestellt hat, ergänzen muss durch die Frage, welche Relevanz räumliche Prozesse dabei haben. Ich versuche in Bezug auf diese beiden und andere Autor*innen das Argument

¹ Vgl. <http://righttothecity.org>, Stand aller Links 13.03.2015.

² Französischer Philosoph (1901 – 1991), u.a. Verfasser des Buchs „Le droit à la ville“. (Anmerkung durch M.P.)

³ Zum Begriff Gentrification: Andrej Holm, Gentrification, in: Bernd Belina / Matthias Neumann / Anke Strüver (Hrsg.), Handbuch Kritische Stadtgeographie, 2014, 102ff. (Anmerkung durch M.P.)

⁴ Die Abkopplung sozialer Bereiche von Marktmechanismen (Anmerkung durch M.P.)

⁵ Das Institut für vergleichende Irrelevanz (kurz: Ivi) war ein durch Student*innen von 2003 bis 2013 besetztes Haus, das polizeilich geräumt wurde, vgl. hierzu AKJ Frankfurt/M., Besetzte Häuser sind keine GbR, Forum Recht 1/2014, 27f. (Anmerkung durch M.P.)

⁶ Vgl. <http://www.zeitschrift-suburban.de/>.

stark zu machen, dass die räumliche Organisation der Welt in verschiedenen Prozessen relevant ist, aber als natürlich erscheint, weil z.B. territoriale Grenzen oder räumliche Maßstabebenen das Resultat gesellschaftlicher Kämpfe sind aber als gegeben erscheinen. Das ist eine Form von Ideologie, die real geworden ist und mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

Den Zumutungen der Vergesellschaftung entgegentreten

Als Forscher arbeitest Du an der Schnittpunkte zwischen Kriminologie und Stadtgeographie. Was bringt Dir die Perspektive des Raums konkret, um Kriminalität zu verstehen?

Das beste Beispiel scheint mir, wie die Polizei im Bereich der Ordnungspolizei in Städten zunehmend mit räumlichen Strategien operiert. Es werden Gefahrengelände ausgerufen, Platzverweise ausgesprochen, Videoüberwachung im öffentlichen Raum installiert oder jenseits des Polizeirechts Verbringungsgefahr durchgesetzt. Das sind alles Maßnahmen, für die der Raum enorm relevant ist, weil damit rassistische Herrschaftsverhältnisse und Klassegegensätze unter dem Deckmantel „Sicherstellung bestimmter Gegenden“ verschwinden. In Gefahrengeländen werden immer die üblichen Verdächtigen drangsaliert. Dabei steht nirgendwo, dass die Polizei ab jetzt alle als nicht-deutsch wahrgenommen Jugendlichen kontrollieren soll.

Zudem ist sozial-räumliche Ungleichheit ein Kernbestandteil von Stadtforschung, nicht nur der kritischen Ausprägung. Gefährlich scheint mir die weitverbreitete Vorstellung von sogenannten „Nachbarschaftseffekten“, nach denen es nicht Kapitalakkumulation und Formen des Rassismus sind, die zur Ausgrenzung bestimmter Gruppen führen, sondern dass es alleine darum geht, ob die Personen in einem bestimmten Stadtteil aufwachsen. Kritische Stadtforschung versucht diesen Zusammenhang zu entkräften und fordert eine andere Praxis ein. Deutlich produktiver ist es darüber nachzudenken, wie es innerhalb eines grundsätzlich auf Exklusion basierenden Eigentumssystems an Grund und Boden politische Strategien geben kann, die mit der Vergemeinschaftung des Eigentums, den Auswüchsen und Zumutungen gegenwärtiger Vergesellschaftung entgegen treten und auf lokaler Ebene abzumildern.

Gerade wurde die Eigentumsordnung angesprochen. „Recht auf Stadt“-Proteste richten ihre Aktionen oft genau auf diese Ordnung, mit Hausbesetzungen oder Kampagnen für eine Re-kommunalisierung des Eigentums. Aber stellt Art. 14 GG eine wirksame Schranke gegen eine soziale Stadtpolitik dar oder ist es innerhalb der Eigentumsordnung möglich progressive Ansätze der Stadtforschung umzusetzen?

Gerade in Städten ist mehr möglich, als man es aufgrund des Privateigentums an Grund und Boden vermuten würde. Sehr viele Flächen sind in öffentlichem Eigentum und andere gehören Institutionen, die nicht notwendig auf Profit ausgerichtet sind. Stichworte sind hier die Kirchen und insbesondere das öffentliche Eigentum an Wohnraum. Städte mit großem eigenen Wohnungsbestand können bei einem entsprechenden politischen Willen oder gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen progressive Akzente setzen. Sie können auch im Rahmen des Planungsrechtes bis hin zu Enteignungen in die gegebenen Eigentumsstrukturen eingreifen. Gleichzeitig ist die Monopolisierung der Nutzungsmöglichkeiten von Eigentum eine

Wahnsinns-Schranke für ein Recht auf Stadt.

Bernd Belina ist Professor am Institut für Humangeographie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seine Forschungsinteressen liegen in Bereichen des historisch-geographischen Materialismus, Stadtgeographie und Kriminologie. Er ist Mitherausgeber des kriminologischen Journals [KrimJ].

Das Interview für die Forum Recht führte Maximilian Pichl.

Literaturhinweise:

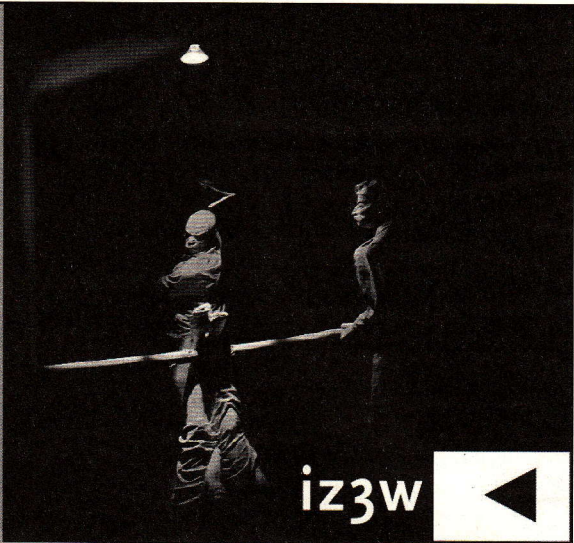
Belina, Bernd; Naumann, Matthias & Strüver, Anke (Hrsg.): Handbuch kritische Stadtgeographie. Münster: Westfälisches Dampfboot 2014.

Bernd Belina, Raum, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2013.

Bernd Belina, Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung. 2. Aufl., Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2011.

Anzeige

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd



iz3w

347

Entgrenzte Herrschaft – Folter im 21. Jahrhundert

Außerdem ▶ PEGIDA befremdet
▶ Ebola als Terrorismus der Armut
▶ Genozidleugnung in der Türkei...

auch als PDF zum Download

Einzelpreis € 5,30

iz3w ▶ Telefon (0049)+761-740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org